

**Anfrage**

der Abgeordneten Julia Herr, Genossinnen und Genossen  
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz  
betreffend **Corona-Virus-Ausbruch in Ischgl und die Reaktion der zuständigen Behörden**

In Ischgl wurde die Corona-Gefahr zu lange ignoriert - trotz Hinweisen aus dem Ausland. In einem Artikel vom 16.3.2020 titelt t-online.de: „Ischgl war die heimliche Virus-Drehscheibe in Europa“. Auf Grund aktueller Informationen (Stand 16.3.2020) konnten mehrere hundert Corona-Infektionen bis nach Ischgl zurückverfolgt werden. Fast die Hälfte der Corona-Fälle in Tirol haben Ischgl-Bezug. Stand 14.3.2020 wies Norwegen 459 (von 907 Fällen) erkrankte Österreich-UrlauberInnen aus, in Schweden gibt es zum selben Zeitpunkt 137 von 775 Erkrankungen mit Österreich-Bezug. Was konnte bisher eruieret werden? Ein Mitarbeiter der Bar „Kitzloch“ war infiziert, das wurde am 7.3.2020 am Abend bekannt. Die Bar wurde jedoch erst zwei Tage später geschlossen und nur 22 Personen wurden daraufhin in Quarantäne gestellt. Laut Tiroler Landessanitätsdirektion hielt man noch am 8.3.2020 eine Übertragung des SARS-CoV-2-Virus auf Gäste aus „medizinischer Sicht eher unwahrscheinlich“. Außerdem berichtet Die Presse, dass Ischgl-UrlauberInnen, die in einer der Après-Ski-Bars im Ort waren und Symptome zeigten, nicht getestet wurden.

Am 10.3.2020 wurde die Bar sowie alle anderen Après-Ski-Bars im Ort geschlossen. Am 12.3. wurden die Lifte sowie Hotels geschlossen.

Tiroler Notärzte warnten bereits Tage zuvor, dass eine Katastrophe im Aufziehen sei. Auch die Aussage des Bürgermeisters von St. Anton, Helmut Mall, im Profil-Interview vom 14.3.2020 wirft ein schlechtes Licht auf das Krisenmanagement in Tirol. Mall: „Ich war schon seit Wochen skeptisch, dass wir weiterhin wöchentlich 200.000 Gäste nach Tirol geholt haben, [...].“ Thomas Mayer beschreibt es in seinem Kommentar im Der Standard vom 15.3.2020 folgendermaßen: „Die Gier hat die Verantwortung für die Gesundheit der Bürger und der Gäste besiegt. Man wollte diese letzte ‘starke Touristenwoche’ noch ‘mitnehmen’, auf dass die Kassen der Liftbetreiber und Hoteliers klingeln.“ In einem Artikel im Handelsblatt vom 13.3.2020 wird vom Widerstand der Skiliftbetreiber gegen die Schließungen geschrieben: „Bis zuletzt hatten sich die österreichischen Skigebiete geweigert, zuzusperren. Dabei hatte es einige Erkrankungen in den Ferienorten gegeben, etwa in Saalbach-Hinterglemm. Offenbar fürchteten die Betreiber, dass Saisonkartenbesitzer einen Ausgleich fordern, wenn sie ohne behördliche Anweisung schließen.“

Das Ausland reagierte vorsichtiger und schneller. So erklärte Island bereits am 5.3.2020 Ischgl zum Risikogebiet und stellte alle Heimkehrer ab 29.2.2020 unter Quarantäne. Norwegen bittet nach den Berichten aus Island eine Reisegruppe aus Ischgl bereits am 7. März zu Tests. Auch Dänemark erklärte in der selben Woche Ischgl zum Risikogebiet.

Die unternertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**Anfrage:**

- 1.) Seit wann war behördlich bekannt bzw, dass vermehrt ausländische UrlauberInnen aus Ischgl positiv auf COVID-19 getestet wurden?
  
- 2.) Welche Einschätzungen bekamen Sie von den zuständigen Behörden in Tirol am:
  - a. 1.3.2020
  - b. 2.3.2020
  - c. 3.3.2020
  - d. 4.3.2020
  - e. 5.3.2020
  - f. 6.3.2020
  - g. 7.3.2020
  - h. 8.3.2020
  - i. 9.3.2020
  - j. 10.3.2020
  - k. 11.3.2020
  - l. 12.3.2020jeweils übermittelt? Gab es Ihrerseits oder von Seiten Ihres Ressorts Nachfragen oder Weisungen in dieser Sache?
  
- 3.) Wurden sie vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten über Reisewarnungen nach Österreich bzw. Tirol informiert?
  - a. Wenn ja, wann und welche Staaten betraf das jeweils?
  - b. Wenn nein, seit wann wussten Sie von der Einschätzung Islands, Norwegens oder Dänemarks?
  
- 4.) Wurden andere Staaten über die Situation in Tirol, insbesondere Ischgl, von Ihrem Ressort oder durch das BMiA auf Betreiben Ihres Ressorts informiert und wie verlief die internationale Zusammenarbeit in Hinblick auf die Eindämmung der Infektionsherde in Tirol generell?
  - a. Wenn ja, wann und welche und durch welche Kanäle?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
  
- 5.) Widersprachen sich Einschätzungen von anderen Staaten mit der Einschätzung der Tiroler Behörden?
  - a. Wenn ja, bitte um Ausführung der Widersprüche/des Widerspruchs.
  - b. Was wurde Ihrerseits unternommen, um Widersprüche aufzuklären?
  
- 6.) Aus welchen Gründen wurde die Bar („Kitzloch“) nicht mit sofortiger Wirkung - nach Bekanntwerden des positiven Tests des Mitarbeiters – behördlich geschlossen?
  - a. Wann wurde erstmals Ihres Wissens nach eine Schließung angedacht?
  
- 7.) Wann wurden Sie erstmals über die Situation in Ischgl informiert?
  
- 8.) Gab es Ihrerseits Weisungen an die Sanitätsdirektion in Tirol, die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde und / oder an den Landeshauptmann in Tirol?
  - a. Wenn ja, welche und wann?

- 9.) Wann hat der Tiroler Landeshauptmann, Mitglieder der Tiroler Landesregierung, die Landessanitätsdirektion Tirol oder die BH Landeck Kontakt mit Ihnen aufgenommen, um deren jeweiligen Einschätzungen zu überprüfen?  
a. Wenn ja, wann und welche Antwort haben Sie jeweils gegeben?
- 10.) Auf welchen Grundlagen wurde die Situation in Tirol, insbesondere Ischgl, vom Gesundheitsministerium eingeschätzt?  
a. Wenn ja, warum und spielten falsche Einschätzungen der Sanitätsdirektion in Tirol eine Rolle?
- 11.) Ist Ihnen bekannt, dass nicht-behördliche Stellen – insbesondere Seilbahnbetreiber – an die zuständigen Behörden herangetreten sind, um diese von der (unverzüglichen) Schließung von Bars, Lokalen und Skiliften in Tirol abzubringen?  
a. Wenn ja, wann und welche?
- 12.) Wann haben Sie den Bundeskanzler, den Außenminister und den Innenminister erstmals über die besondere Situation in Ischgl bzw. Tirol informiert?
- 13.) Hat Bundesministerin Köstinger oder ihr Ressort bei Ihnen jemals die Rücksichtnahme auf die Interessen der Tourismuswirtschaft releviert?
- 14.) Der Bundeskanzler hat in der ZIB Spezial am 15.3.2020 ausgeführt, dass die Bundesregierung nicht auf Grund von Verdachtsmomenten, sondern lediglich auf Grund von Fakten handle. Seit wann ist eine solche Abkehr vom Vorsorgeprinzip Praxis der Gesundheitsbehörden?



